



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Universitätsbibliothek Paderborn

20 Jahre Universität - Gesamthochschule Paderborn

Blömeke, Sigrid

Paderborn, 1993

Hochschulpolitik nach 1945

urn:nbn:de:hbz:466:1-39078

II. Der lange Weg zur Gesamthochschule

Hans-Georg Schwarz

„Gesamthochschule“ war das Zauberwort der bildungspolitischen Diskussion der späten 60er und frühen 70er Jahre der alten Bundesrepublik. Schillernd, vielsagend und verheißungsvoll faßte es die unterschiedlichsten Erwartungen an eine reformierte Hochschule zusammen: Effizienzsteigernd und kostensparend sollte sie sein, Chancengleichheit, Demokratie und Mitbestimmung durchsetzen, Motor einer umfassenden Studienreform sollte sie werden und später einmal, als Regelhochschule, die alte Universität ablösen.

Die Unschärfe des Begriffs Gesamthochschule war paradoxerweise Grundlage des einzigartigen hochschulpolitischen Konsens um 1970, mit dem die Gesamthochschule möglich wurde: Gerade weil niemand etwas Genaueres mit dem Begriff verband, konnten grundverschiedene Gruppierungen wie Regierungen, Parteien, Arbeitgeberverbände, Wissenschaftsbürokratie, Bildungspolitiker und die Studentenbewegung aus ganz unterschiedlichen Motiven die Idee einer Gesamthochschule unterstützen.

Heute, gut 20 Jahre nach jener bildungspolitischen Aufbruchstimmung, hat die Gesamthochschule ihren Glanz verloren. Zwar existieren - nach dem kläglichen Scheitern des Gesamthochschulversuchs in Baden-Württemberg und Hamburg - in Nordrhein-Westfalen immerhin fünf Gesamthochschulen und in Hessen eine, doch von einem weiteren, auch gesetzlich vorgesehenen Ausbau dieser Hochschulform spricht niemand mehr. „Eine Gesamthochschule“, war neulich in einem Rundfunkinterview zu hören, „ist eine ganz normale Universität, an der junge Leute mit Fachhochschulreife studieren können.“

Wie konnte es geschehen, daß die Gesamthochschule sich zu einer normalen Universität wandelte? Schließlich hat sich in der Reformeuphorie jener Jahre eine ganze Generation von engagierten Studierenden, Assistenten, Hochschullehrern und Ministerialbeamten dieser Idee verschrieben. Wie kam es, daß dieses Engagement nachließ, daß sich immer mehr Verfechterinnen und Verfechter der Gesamthochschule enttäuscht abwandten? In diesem Kapitel wird zunächst die Entstehungsgeschichte der Gesamthochschule - vom sog. Dahrendorf-Plan 1967 bis zum Inkrafttreten des Hochschulrahmengesetzes 1976 - nachgezeichnet und schließlich in Kapitel III am Beispiel der Universität-Gesamthochschule Paderborn der erhobene Reformanspruch mit der heutigen Hochschulrealität verglichen.

Hochschulpolitik nach 1945

Seit der humboldtschen Universitätsreform Anfang des 19. Jahrhunderts hatte es mehrfach Versuche gegeben, die Einheit von Forschung und Lehre zu bewahren. Die fortschreitende Ausdifferenzierung v.a. der Naturwissenschaften in zahlreiche Unterdisziplinen und Spezialgebiete bedrohte die klassische Universität ebenso wie der Ansturm von immer mehr Studierenden. Durch die Reformdiskussion seit dem Zweiten Weltkrieg ziehen sich einige bildungspolitische Grund-

positionen, die in verschiedenen Zusammenhängen immer wieder auftauchen. Da ist zum einen der Widerspruch zwischen Elite- und Massenbildung, die Frage danach, wieviele junge Menschen studieren sollen. Zum anderen die Frage nach den Inhalten: Soll Persönlichkeitsbildung im Vordergrund stehen oder spezialisierte Fachbildung? Oder eine Kombination von beidem? Wie soll zwischen dem gesellschaftlichen Bedarf an Bildung in Wirtschaft und Verwaltung und dem grundgesetzlich für jeden Bundesbürger verbrieften Recht auf Bildung (GG Art. 12) vermittelt werden?

Schon 1948 ließ die britische Militärregierung ein Gutachten zur Hochschulreform erarbeiten. Die deutschen Universitäten standen nach dem Zweiten Weltkrieg vor einem moralischen Desaster. Statt im Nationalsozialismus die Freiheit von Forschung und Lehre und die Hochschulautonomie gegen staatliche Einflußnahme zu verteidigen, hatte die Mehrzahl der deutschen Professoren die Eingriffe des NS-Regimes teils aktiv unterstützt, teils gutgeheißen. Kritische und vor allem jüdische Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen hatten die Nazis aus der Hochschule gedrängt. Der Ruf nach einem völligen Neuanfang wurde laut.

Die in der britischen Besatzungszone eingesetzte Kommission legte das sog. Blaue Gutachten vor, in dem sie die - für lange Zeit - fundiertesten Vorschläge zur Studienreform entwickelte. Die Hochschulpolitik des NS-Regimes vor Augen, sollten die staatlichen Einwirkungsmöglichkeiten auf den Hochschulbereich zugunsten der Wissenschaftsfreiheit eingeschränkt werden. Im Spannungsfeld Persönlichkeitsbildung versus Fachbildung gab das Gutachten der ersten den Vorrang: „Die heutige Hochschule bildet den spezialisierten Intellekt und nicht den Menschen aus und treibt daher der Aufspaltung in ein Konglomerat von Fachschulen entgegen.“ (Vgl. Neuhaus, 1961, S. 290) Mit dem Studium Generale sollte der Spezialisierung entgegengewirkt und der „ganze Mensch“ im humanistischen Sinne ausgebildet werden.

In der Frage der Lehrerausbildung vertrat das Blaue Gutachten keine eindeutige Position. Die Überschneidungen zwischen den Ausbildungsgängen an Pädagogischen Hochschulen und Universitäten für Lehrer verschiedener Schulstufen waren der Kommission zwar bewußt, doch man konnte sich nicht dazu durchringen, die institutionelle Trennung der Ausbildung von Lehrkräften für Volksschulen und Gymnasien aufzuheben.

Die Vorschläge des Blauen Gutachtens wurden nie umgesetzt. Die Hochschulpolitik der Adenauer-Zeit war geprägt von einer konservativen Grundhaltung. Die Westdeutsche Rektorenkonferenz (WRK), ein 1949 erstmalig tagendes Gremium von Hochschulrektoren, lehnte den Neubau von Hochschuleinrichtungen ab und trat für die Beibehaltung der Hochschulhierarchie ein, an deren Spitze die wissenschaftlichen Hochschulen mit Promotionsrecht stehen sollten. Die Auffassung, daß eine akademische Ausbildung Privileg einer kleinen Elite sei, die übrigen Studierwilligen sich jedoch mit weniger kostenintensiven Fachhochschulstudiengängen begnügen sollten, vertrat auch der 1957 gegründete Wissenschaftsrat (WR). Dieser Zusammenschluß von Hochschullehrern formulierte fortan Empfehlungen für die jeweilige Bundesregierung zur Steuerung und Regulierung des Hochschulbereichs.

Die Prognosen des Wissenschaftsrats bezüglich zukünftiger Studentenzahlen waren von dem Glaubenssatz ausgegangen, daß nicht mehr als 5% eines Jahr-

gangs studieren könnten; doch der Trend zu mehr Bildung war schon seit den 50er Jahren unverkennbar: Die Abiturientenquote verdoppelte sich nahezu von 4,8 % (1957) auf 9,2 % (1968). Die Zahl der Studierenden war von 1951 bis 1960 von 110.000 auf 238.000 gestiegen. Trotzdem gingen die 1964 vom WR erstellten Vorschätzungen von gleichbleibenden bis sinkenden Studentenzahlen aus und prognostizierten für 1971 zwischen 196.900 und 223.600 Immatrikulierte. Tatsächlich waren 1970 bereits 410.000 Studierende an wissenschaftlichen Hochschulen eingeschrieben.

Fehleinschätzungen in der Zahl der Studienberechtigten, die Unterschätzung der durchschnittlichen Studiendauer und der Glaube, die Studienzeiten könnten administrativ gekürzt werden, führten zu verhängnisvollen Fehlprognosen, die die gesamte Hochschulplanung fehlerleiteten und damit in den 70er Jahren die unerträgliche Situation an den Hochschulen erst provozierten.

(Vgl. Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, 1970, S. 21; WR, 1964, S. 25 und Rimbach, S. 24)

Neuanfang in der Hochschulpolitik: der Sputnik-Schock

In den 50er Jahren war an den Hochschulen von künftigen Überfüllungskrisen noch nichts zu spüren. Die Bildungs- und Hochschulpolitik stand lange Zeit nicht im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses. Das änderte sich erst, als 1957 die Sowjetunion mit dem Sputnik-Flug schlagartig die technische Überlegenheit des Westens in Frage stellte. Zum erstenmal war es einer Nation gelungen, eine Raumkapsel in eine Erdumlaufbahn zu bringen. Im Wettstreit der Systeme hatte die Sowjetunion ihre technologische und wissenschaftliche Leistungsfähigkeit spektakulär unter Beweis gestellt. Der Westen, überzeugt von seiner wirtschaftlich-technischen Überlegenheit, mußte alles daran setzen, um auf dem Feld der Forschung nicht die Initiative zu verlieren. In großen, international angelegten Studien wurden die Bildungssysteme vor allem der USA und der Sowjetunion gegenüber gestellt. Westeuropa bekam dabei schlechte Noten: Zwar herrsche eine formale Gleichheit der Bildungschancen, doch die tatsächlich vorhandenen Begabungen würden durch das Bildungssystem nur unzureichend gefördert und entwickelt.

Der Bildungspolitiker Georg Picht machte 1964, in einer Zeit der Hochkonjunktur und mangelnder Arbeitskräfte, mit seiner Artikelserie „Die deutsche Bildungskatastrophe“ auf die Gefährdung des Wohlstands durch Bildungsdefizite aufmerksam. Ohne genügend qualifizierte Nachwuchskräfte drohe dem Wirtschaftswachstum ein rasches Ende, warnte Picht und forderte die Mobilisierung der Begabungsreserve: Die Abiturientenzahlen müßten aufgrund der momentanen Nachfrage der Wirtschaft verdoppelt und bisher benachteiligte Land- und Arbeiterkinder verstärkt gefördert werden. Die Hochschule sollte in einem sechssemestrigen Grundstudium wissenschaftliches Basiswissen vermitteln und in einem ebenfalls sechssemestrigen Aufbaustudium in die wissenschaftliche Forschung einführen.

Nur ein Jahr später formulierte Ralf Dahrendorf, ebenfalls in einer Artikelserie, einen ungleich radikaleren Ansatz. Ausgehend vom Bürgerrecht auf Bildung plä-